

CHRISTIAN PFARR

Einkommen, Mobilität und
individuelle Präferenzen
für Umverteilung

*Beiträge zur
Finanzwissenschaft
30*

Mohr Siebeck

Beiträge zur Finanzwissenschaft

herausgegeben von
Hans-Werner Sinn und Clemens Fuest

30



Christian Pfarr

Einkommen, Mobilität und individuelle Präferenzen für Umverteilung

Ein Discrete-Choice-Experiment

Mohr Siebeck

Christian Pfarr, geboren 1983; 2004–09 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth; 2009 Diplom-Volkswirt; 2009–12 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl VWL III der Universität Bayreuth; 2012 Promotion; derzeit Postdoc am Lehrstuhl VWL III der Universität Bayreuth.

e-ISBN PDF 978-3-16-152487-5
ISBN 978-3-16-152471-4
ISSN 0340-675X (Beiträge zur Finanzwissenschaft)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort

Den Anstoß für die vorliegende Arbeit, die im August 2012 als Dissertation von der Universität Bayreuth angenommen wurde, bildete eine Idee von Prof. Dr. Peter Zweifel. Es sollte die bereits in anderen Disziplinen wie u. a. der Umweltökonomie, Transportökonomie oder der Gesundheitsökonomie weit verbreitete und anerkannte Discrete-Choice-Methodik erstmals zur Messung von Präferenzen für Umverteilung verwendet werden. Gerade in der Finanzwissenschaft sind diese Ansätze zweckmäßig, um politische Maßnahmen mit einem besseren Verständnis der Präferenzen der Bürger anzugehen und umzusetzen.

Mein späterer Doktorvater, Prof. Dr. Volker Ulrich, gab mir bereits in der Endphase meiner Diplomarbeit die Möglichkeit, bei der (erfolgreichen) Antragsstellung zu diesem Projekt mitzuwirken. Auch im weiteren Verlauf des Projektes und meiner wissenschaftlichen Tätigkeit an seinem Lehrstuhl konnte ich mir jeglicher sachlicher wie fachlicher Unterstützung sicher sein und erhielt gleichermaßen den Freiraum, eigene Ideen umzusetzen. Daneben war es gerade das äußerst angenehme Arbeitsklima und gute persönliche Verhältnis am Lehrstuhl, für das ich Prof. Dr. Volker Ulrich herzlichst danke. Ebenso gebührt mein Dank Prof. Dr. Peter Zweifel, der sich bereit erklärt hat, das Zweitgutachten für diese Arbeit zu erstellen, und Prof. Dr. Martin Leschke für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes.

Die vorliegende Arbeit geht aus einem internationalen Forschungsprojekt hervor, das für Deutschland von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurde/wird (UL 163/4-2). An dieser Stelle möchte ich den drei anonymen Gutachtern sowie der DFG für ihr Vertrauen danken, das sie diesem Projekt entgegengebracht haben und das sie mit ihrer finanziellen Unterstützung erst ermöglichten. Auch unseren Kooperationspartnern in der Schweiz, Prof. Dr. Peter Zweifel und Dr. Ilja Neustadt, möchte ich für Ihre großartige Unterstützung und kritische Diskussionen während der gesamten Projektphase danken.

Um schließlich am Ende eine große Bevölkerungsumfrage und ein Experiment durchführen zu können, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung, bei der mir insbesondere Andreas Schmid, der aufgrund des gemeinsam geteilten Büros ein ständig greifbarer Ansprechpartner war, und Martina Wagner eine große Unterstützung und Hilfe waren, die mit intensiven

Diskussionen und kritischen Anmerkungen erst zum Erfolg dieses Projektes beitragen. In diesem Zusammenhang sind auch die Teilnehmer diverser vorbereitender Pretests sowie der Hauptbefragung zu nennen, die bereit waren, sich unseren Fragen zu stellen.

Während der gesamten Projektphase und meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter waren es auch der fachliche Austausch mit Kollegen sowie die Diskussionen im Rahmen des Brown-Bag Seminars der Universität Bayreuth, die inhaltlichen Input zu dieser Arbeit lieferten.

Die Arbeit, wie sie nun vorliegt, hat stark vom unermüdlichen und engagierten Einsatz fleißiger Korrekturleser profitiert, denen ich zu besonderem Dank verpflichtet bin. Hierzu zählen Dr. Andreas Schmid, Lisa Bischoff, PD Dr. Udo Schneider, Christina Paulus, Martina Wagner, Alexander Erler und Matthias Kollenda.

Nach nun fast drei Jahren liegt diese Arbeit als Publikation vor. In diesem Kontext möchte ich auch den Herausgebern Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn und Prof. Dr. Clemens Fuest für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe *Beiträge zur Finanzwissenschaft* danken.

Viele Menschen haben mich während meiner Dissertationszeit begleitet und so dazu beigetragen, dass ich diese Zeit hier in Bayreuth sehr genossen habe und niemals missen möchte. Dazu zählen meine Kollegen am Lehrstuhl, namentlich Andreas Schmid, Christian Maier und Marita Hanke sowie die Ehemaligen Udo und Brit Schneider, die mit ausgedehnten Diskussionen über die aktuelle Tabellensituation der Bundesliga bzw. die neuesten technischen Produkte zu einem sehr angenehmen Arbeitsklima beigetragen haben und die auch jederzeit fachlich mit Rat und Tat zur Seite standen. Ich möchte auch meinem Freundeskreis sowohl aus Schul- als auch Studienzeiten, der mir stets den nötigen Rückhalt, Motivation und Ablenkung vom Arbeitsalltag bot, meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Schließlich gebührt auch meinen aktuellen wie Ehemaligen Kollegen aus der „Baracke“ und den Mitspielern des VWLer Fußballs ein Dankeschön für eine wunderbare Zeit mit viel Abwechslung.

Ein besonders herzliches Dankeschön gilt denjenigen Menschen, die mir am nächsten stehen. Meinen Eltern danke ich für ihre immerwährende Unterstützung auf meinem bisherigen Lebensweg sowie ihr mir entgegengebrachtes Vertrauen, auf das ich immer zählen konnte. Auch meiner Freundin Lisa, die mich seit Beginn meines Studiums begleitet hat, danke ich von Herzen für ihre Kraft und Verständnis sowie dafür, dass sie mir gezeigt hat, dass es ein Leben neben der Dissertation gibt. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Christian Pfarr

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abbildungsverzeichnis.....	XI
Tabellenverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XV
1. Kapitel: Einführung und Problemstellung.....	1
1.1 Ökonomische Aspekte der Umverteilung	1
1.1.1 Einkommensverteilung	2
1.1.2 Angebot staatlicher Umverteilung	7
1.1.3 Nachfrage nach staatlicher Umverteilung.....	10
1.2 Problemstellung und Aufbau der Arbeit	11
1.2.1 Formulierung der Forschungsfragen.....	11
1.2.2 Zielstellung und Forschungsbeitrag.....	13
1.2.3 Aufbau der Arbeit.....	14
2. Kapitel: Angebot staatlicher Umverteilung.....	16
2.1 Einkommensumverteilung im Sozialsystem	16
2.1.1 Die Sozialleistungsquote	16
2.1.2 Sozialbudget nach Institutionen.....	19
2.1.3 Sozialbudget nach Funktionen.....	24
2.1.4 Finanzierung der Leistungen der sozialen Sicherung.....	28
2.2 Einkommensumverteilung im Steuersystem	32
2.2.1 Das deutsche Steuersystem.....	32
2.2.2 Umverteilende Effekte der Einkommensteuer	35
2.2.3 Formen und Umfang der vertikalen Einkommensumverteilung	38
2.2.4 Horizontale Umverteilung im Einkommensteuersystem.....	40
2.3 Zusammenfassender Überblick zur Umverteilung in Deutschland	42

3. Kapitel: Nachfrage nach staatlicher Umverteilung.....	44
3.1 Präferenzen für Umverteilung.....	45
3.1.1 Medianwähler und Entscheidungen in der Demokratie.....	45
3.1.2 Romer-Roberts-Meltzer-Richard-Modell (RRMR).....	48
3.1.2.1 Das RRMR-Modell und Politikimplikationen	48
3.1.2.2 Kritische Würdigung und Erweiterungen	53
3.1.3 Die Prospects-of-Upward-Mobility-Hypothese	56
3.1.3.1 Einkommensmobilität im ökonomischen Modell ..	56
3.1.3.2 Diskussion und Erweiterung: Pikettys Lernkurvenmodell	61
3.2 Empirische Evidenz	63
3.2.1 Relevanz der Einkommensungleichheit	64
3.2.2 Mikroökonomische Evidenz der aktuellen Einkommensposition	67
3.2.3 Einfluss der Mobilitätserfahrungen und -erwartungen.....	78
3.3 Alternative Bestimmungsfaktoren der Nachfrage nach Umverteilung.....	89
3.3.1 Verhaltensbasierte Erklärungsansätze.....	89
3.3.2 Institutionelle und politische Erklärungsansätze.....	92
3.4 Kritik bisheriger Studien und Eingrenzung der Forschungsfrage..	93
4. Kapitel: Discrete-Choice-Experimente: Methodische Grundlagen.....	98
4.1 Präferenzkonzepte und Methoden.....	99
4.1.1 Stated vs. Revealed Preferences	99
4.1.2 Stated-Preference-Methoden	101
4.2 Discrete-Choice-Experimente	104
4.2.1 Gestaltung eines Discrete-Choice-Experiments.....	104
4.2.2 Mikroökonomische Theorie rationalen Entscheidens	106
4.2.3 Nutzenmessung mit Hilfe des Discrete-Choice-Experiments	111
4.2.4 Ökonometrische Annahmen und Spezifikationen	115
4.2.4.1 Die stochastische Komponente der Nutzenfunktion.....	115
4.2.4.2 Die systematische Komponente der Nutzenfunktion.....	117
4.2.5 Ermittlung von Zahlungsbereitschaften	122
4.3 Reliabilität und Validität von Discrete-Choice-Experimenten	127
4.3.1 Reliabilität	127
4.3.2 Validität.....	132

5. Kapitel: Discrete-Choice-Experimente: Umsetzung im Kontext der Umverteilung	135
5.1 Attributsauswahl.....	136
5.1.1 Kriterien der Attributsauswahl	136
5.1.2 Relevante Attribute im Kontext der Umverteilung	139
5.2 Skalierung und Definition der Attributslevels	147
5.2.1 Zur Auswahl der Attributsausprägungen	147
5.2.2 Spezifikation umverteilungsrelevanter Attributslevels	148
5.3 Experimentelles Design des DCE	153
5.3.1 Ansätze zur Designoptimierung.....	153
5.3.2 Anwendung der Designoptimierung	159
5.4 Präsentation der Choice-Sets	163
5.5 Komplementärer Fragebogen zum DCE	168
5.6 Vorbereitung und Umsetzung der Datenerhebung	170
5.6.1 Auswahl und Aufbau der Erhebungsmethode.....	170
5.6.2 Pretests	172
5.6.3 Hauptbefragung	174
6. Kapitel: Präferenzen für Umverteilung: Ergebnisse für Deutschland..	176
6.1 Deskriptive Analyse.....	176
6.1.1 Allgemeine sozio-ökonomische Merkmale.....	176
6.1.2 Einstellungen zur Umverteilung	180
6.1.3 Entscheidungsverhalten	183
6.2 Ökonometrische Analyse der Präferenzen für Umverteilung.....	188
6.2.1 Ökonometrische Methodik	188
6.2.2 Spezifikation der Nutzenfunktion	192
6.2.3 Ergebnisse des Basis-DCE	195
6.2.4 Abgeleitete Wohlfahrtsanalysen	200
6.3 Reliabilität	202
6.3.1 Out-of-Sample-Test	202
6.3.2 Interne Konsistenz.....	203
6.3.3 Neigung zum Status quo.....	206
6.4 Zusammenfassung und Diskussion	208
6.4.1 Zusammenfassung und Einbindung in die Literatur	208
6.4.2 Diskussion der Ergebnisse.....	210

7. Kapitel: Heterogene Präferenzen: Einkommen und Mobilität.....	213
7.1 Relevanz des individuellen Einkommens.....	214
7.1.1 Hypothesen.....	214
7.1.2 Deskriptive Analyse	215
7.1.3 Empirische Evidenz zur Relevanz des individuellen Einkommens.....	220
7.1.4 Einbindung in die Literatur und Diskussion	229
7.2 Mobilitätserwartungen und Präferenzen für Umverteilung	232
7.2.1 Hypothesen.....	232
7.2.2 Deskriptive Analyse	233
7.2.3 Empirische Evidenz zum Einfluss von Mobilitätserwartungen.....	235
7.2.4 Zusammenfassung und Einbindung in die Literatur	237
7.3 Mobilitätserwartungen und Präferenzen für Umverteilung.....	238
7.3.1 Hypothesen.....	238
7.3.2 Deskriptive Analyse	239
7.3.3 Empirische Evidenz zum Einfluss von Mobilitätserwartungen.....	242
7.3.4 Diskussion und Einbindung in die Literatur	246
7.4 Zwischenfazit	248
8. Kapitel: Zusammenfassung und Politikimplikationen.....	251
8.1 Zusammenfassung	251
8.2 Diskussion und Implikationen	258
Literatur	265
Register.....	279

Der Anhang zu dieser Arbeit ist online verfügbar – www.mohr.de/lesesaal

Anhang

- A.1 Fragebogen zur Studentenforschung
- A.2 Anleitung zum Entscheidungsexperiment
- A.3 Beispiel eines Choice-Sets
- A.4 Sozio-ökonomischer Fragebogen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1: Sozialpolitik, Interventionsebenen und -formen.....	8
Abbildung 2.1: Sozialbudget und BIP-Entwicklung	18
Abbildung 2.2: Sozialbudget nach Funktionen	25
Abbildung 2.3: Finanzierungsarten des Sozialbudgets.....	29
Abbildung 2.4: Einkommensteuertarif 2010	36
Abbildung 2.5: Steuer- und Abgabenbelastung beim Durchschnittseinkommen.....	41
Abbildung 3.1: Medianwähler in der repräsentativen Demokratie	47
Abbildung 3.2: Ungleichheit und Umverteilung	64
Abbildung 4.1: Präferenzkonzepte	99
Abbildung 4.2: Multi-Attribute-Valuation	103
Abbildung 4.3: Auswahl des optimalen Attributbündels im Standardfall.....	107
Abbildung 4.4: Optimales Attributbündel bei diskreten Entscheidungen	110
Abbildung 4.5: Approximation der Indifferenzkurve.....	122
Abbildung 4.6: Reliabilitätsmaße.....	128
Abbildung 4.7: Validitätsmaße	133
Abbildung 5.1: Stufen zur Gestaltung eines DCE.....	135
Abbildung 5.2: Designoptimierungsverfahren	161
Abbildung 5.3: Persönliche Abgabenquote	164
Abbildung 5.4: Gesamtes Umverteilungsvolumen.....	164
Abbildung 5.5: Art der Leistungsempfänger.....	165
Abbildung 5.6: Nationalität der Leistungsempfänger	166
Abbildung 5.7: Beispiel eines Choice-Sets	167
Abbildung 5.8: Befragungsablauf.....	175
Abbildung 6.1: Vergleich Stichprobe mit amtlicher Statistik.....	179
Abbildung 6.2: Wahrgenommene Einkommensungleichheit	181
Abbildung 6.3: Einstellung zur Umverteilung nach Einkommens- klassen.....	182
Abbildung 6.4: Partieller Nutzen der Umverteilung.....	198
Abbildung 6.5: Inkonsistenz und Verständnis.....	205

Abbildung 7.1: Graphische Darstellung der empirischen Evidenz zum N-HHEK	230
Abbildung 7.2: Subjektive Wahrnehmung der Einkommens- ungleichheit.....	249

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1:	Einkommensungleichheit in Deutschland.....	3
Tabelle 2.1:	Sozialbudget nach Institutionen in Mio. Euro.....	22
Tabelle 2.2:	Entwicklung der Steuerzuschüsse und des Steueraufkommens	32
Tabelle 2.3:	Entwicklung ausgewählter Steuerarten	33
Tabelle 2.4:	Anteile der Steuerpflichtigen am EkSt-Aufkommen.....	39
Tabelle 3.1:	Empirische Studien zur Relevanz des Einkommens	73
Tabelle 3.2:	Empirische Studien zur Relevanz der Einkommensmobilität.....	84
Tabelle 5.1:	Bewertung potentieller Attribute durch Studenten.....	144
Tabelle 5.2:	Attribute der Umverteilung.....	146
Tabelle 5.3:	Attribute und Levels des Umverteilungsexperiments	153
Tabelle 5.4:	Interaktion zwischen Umverteilung und Empfängern.....	160
Tabelle 5.5:	Hypothesen und korrespondierende Fragen.....	169
Tabelle 6.1:	Allgemeine sozio-demografische Charakteristika der Stichprobe	177
Tabelle 6.2:	Entscheidungen zw. dem Status quo und einer Alternative.....	183
Tabelle 6.3:	Anzahl Wahlentscheidungen je Befragten	185
Tabelle 6.4:	Wahlentscheidungen pro Alternative.....	187
Tabelle 6.5:	Ergebnisse des <i>Basis</i> -DCE	196
Tabelle 6.6:	MWTP für Umverteilung.....	201
Tabelle 7.1:	Deskriptive Statistik zur individuellen Einkommensposition	217
Tabelle 7.2:	Deskriptive Statistik zur Selbstpositionierung auf einer sozialen Skala	218
Tabelle 7.3:	Deskriptive Statistik zum persönlichen Bildungsstand	219
Tabelle 7.4:	Deskriptive Statistik zur Erwartung von Umverteilung zu profitieren	220
Tabelle 7.5:	Ergebnisse für das Bruttoeinkommen.....	224
Tabelle 7.6:	Ergebnisse für das Netto-Haushaltsäquivalenz- einkommen.....	225
Tabelle 7.7:	Ergebnisse für Positionierung auf sozialer Skala.....	226
Tabelle 7.8:	Ergebnisse für Bildungsstatus.....	227

Tabelle 7.9: Ergebnisse für Erwartung von Umverteilung zu profitieren.....	228
Tabelle 7.10: Deskriptive Statistik zum Einfluss von Mobilitätserwartungen.....	234
Tabelle 7.11: Ergebnisse für erwartete Mobilität hinsichtlich des Einkommens.....	235
Tabelle 7.12: Ergebnisse für erwartete soziale Mobilität.....	236
Tabelle 7.13: Deskriptive Statistik zu eigenen Mobilitätserfahrungen ...	239
Tabelle 7.14: Deskriptive Statistik zu Mobilitätserfahrungen im Vergleich zum Vater.....	241
Tabelle 7.15: Ergebnisse für vergangene Mobilität in Bezug auf das Einkommen	242
Tabelle 7.16: Ergebnisse für vergangene soziale Mobilität	243
Tabelle 7.17: Ergebnisse für vergangene Mobilität in Bezug auf das Ansehen des Berufs	244
Tabelle 7.18: Ergebnisse für vergangene Mobilität in Bezug auf den Bildungsstatus	245
Tabelle 7.19: Ergebnisse für vergangene Mobilität in Bezug auf den Lebensstandard	246

Abkürzungsverzeichnis

AIC	Akaike Informationskriterium
ALLBUS	Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
BHPS	British Household Panel Survey
BIC	Bayesian Informationskriterium
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CA	Conjoint-Analyse
CAPI	computer assisted personal interviews
CATI	computer assisted telephone interviews
CAWI	computer assisted web interviewing
CFD	Complete Factorial Design
CV	Contingent Valuation
DCE	Discrete-Choice-Experiment
ECPF	Encuesta Continua de Presupuestos Familiares
ESS	European Social Survey
ESSOSS	Europäisches System Integrierter Sozialschutzstatistiken
EstG	Einkommensteuergesetz
EVS	European Value Study
FFD	Fractional Factorial Design
Gallup	Gallup Organization Social Audit
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
GSS	General Social Survey
HBS	Hungarian Household Budget Surveys
HH	Haushalt
HOE	homo-oeconomicus-Effekt
IIA	Independence of Irrelevant Alternatives
i.i.d.	independent and identically distributed
ISSP	International Social Survey Program
LIS	Luxemburg Income Study
LL	Log-Likelihood
LR	Likelihood Ratio
MAV	Multi-Attribute-Valuation
ME	Marginal Effect

MRS	Marginal Rate of Substitution
MWTP	Marginal Willingness-to-Pay
N-HHEK	Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLS	Ordinary Least Squares
OMED	Orthogonal Main Effects Design
POUM	Prospects of Upward Mobility
PSID	Panel Study of Income Dynamics
RE	Random-Effects
RLMS	Russian Longitudinal Monitoring Surveys
RP	Revealed Preferences
RRMR	Romer-Roberts-Meltzer-Richard
RUT	Random Utility Theory
SE	Standard Error
SGB	Sozialgesetzbuch
SPSK	Selbstpositionierung auf einer sozialen Skala
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SP	Stated Preferences
USA	United States of America
UV	Umverteilung
WIID	World Income Inequality Database
WTP	Willingness-to-Pay
WVS	World Value Survey

Kapitel 1

Einführung und Problemstellung

1.1 Ökonomische Aspekte der Umverteilung

Das Thema der Einkommensungleichheit wird in der politischen und gesellschaftlichen Debatte in Deutschland regelmäßig diskutiert. In diesem Zusammenhang wird immer wieder von einer *Auflösung der Mittelschicht* bzw. der viel zitierten *Schere zwischen Arm und Reich* gesprochen (siehe hierzu bspw. Rudzio 2011 und Storbeck 2011), die sich in den vergangenen Jahren weiter geöffnet haben soll. Bei derartigen Diskussionen steht insbesondere die wahrgenommene Verteilung bzw. die Wahrnehmung der Einkommensentwicklung im Vordergrund (vgl. Sopp 2005, S. 255). Diese subjektiven Wahrnehmungen prägen in der Regel die Einstellung der Bürger zu sozialpolitischen Reformen. Zudem kann die individuell als ungerecht angesehene Einkommensverteilung Einfluss auf die persönliche Arbeitspartizipation haben, indem die empfundene Ungleichheit die individuelle Bereitschaft, hart zu arbeiten oder sich überhaupt am Arbeitsmarkt zu engagieren, reduziert. Alleine aus der subjektiven Wahrnehmung können sich somit gesellschaftliche Konsequenzen ergeben, die sich bspw. auch auf die Wahlbeteiligung auswirken können (vgl. Liebig et al. 2010 und die darin zitierte Literatur). Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Deutschen in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme der Ungleichheit respektive der Ungerechtigkeit wahrnehmen (vgl. exemplarisch Kuhn 2012 und Faik und Becker 2009). So gaben im Jahr 2009 31 % der erwerbstätig Beschäftigten in Deutschland an, ihr persönliches Einkommen als ungerecht zu empfinden. Die Ergebnisse implizieren außerdem eine Abhängigkeit der subjektiven Wahrnehmungen von der eigenen Einkommensposition: Die individuell empfundene Ungerechtigkeit ist umso größer, je geringer das individuelle Einkommen ist (vgl. Liebig et al. 2010).

Diese subjektiv wahrgenommene Einkommensungleichheit ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Um eine Einschätzung über das tatsächliche Ausmaß der Einkommensungleichheit in Deutschland geben zu können, müssen objektive Kriterien oder Indikatoren zur Beurteilung herangezogen werden, anhand derer geprüft werden kann, ob sie die subjektiven Wahrnehmungen bestätigen.

1.1.1 Einkommensverteilung

Für eine Betrachtung der Einkommensverteilung existieren zwei Konzepte: Zum einen kann dies über die *funktionale Verteilung* erfolgen. Zum anderen lässt sich im Rahmen der *personellen Verteilung* differenzieren, wie sich die Einkommen auf die Individuen bzw. Haushalte verteilen.

Die *funktionale Verteilung* gibt Auskunft über die Aufteilung der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit (Bruttolohnquote) und Kapital (Gewinnquote). Die tatsächliche Bruttolohnquote reflektiert dabei den prozentualen Anteil der Bruttoeinkommen (inklusive des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung) am gesamten Volkseinkommen. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit über die Zeit wird auf das erweiterte Konstrukt der strukturbereinigten Bruttolohnquote abgestellt, die den Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt über den interessierenden Zeitraum konstant hält (vgl. Boeckh et al. 2011, S. 265). Die strukturbereinigte Bruttolohnquote im Jahr 1960 betrug 65 %. Dies bedeutet, dass der Anteil der Bruttolohneinkommen am gesamten Volkseinkommen 65 % betrug, der Anteil der Gewinneinkommen lediglich 35 %. Bis zum Jahr 1991 stieg die Bruttolohnquote auf 71 % an, bis zum Jahr 2000 auf 72,9 %. Seit dem Jahr 2000 kam es allerdings zu einem Rückgang auf ca. 67 % im Jahr 2009 (vgl. Schäfer 2010, S. 637). Die von abhängig Beschäftigten erwirtschafteten Bruttoeinkommen machen derzeit immer noch mehr als zwei Drittel des Volkseinkommens aus. Die *funktionale Einkommensverteilung* gibt jedoch keinen Aufschluss über die interpersonelle Verteilung der Einkommen. Insbesondere lassen sich aus der *funktionalen Verteilung* keine Aussagen über eine zunehmende Ungleichverteilung ableiten, da diese lediglich als allgemeines Maß der Verteilung der Einkommen zwischen den einzelnen Produktionsfaktoren dient.

Im Rahmen der *personellen Verteilung* werden in erster Linie die Markt- und Nettoeinkommen der Haushalte betrachtet.¹ Die Markteinkommen der Haushalte² dienen als erster Indikator der durch den Wirtschaftsprozess hervorgerufenen Einkommensverteilung. Berücksichtigt man die umverteilenden Effekte des staatlichen Steuer- und Transfersys-

¹ Abhängig von der Abgrenzung der Einkommen nach Einkommensart und Periode unterscheiden sich die Ergebnisse zur Einkommensverteilung (vgl. Brümmerhoff 2007, S. 257).

² Die Markteinkommen setzen sich aus den Einkünften aus abhängiger Beschäftigung, Vermögens- und Kapitaleinkünften, Immobilienbesitz und privaten Transfers zusammen. Zusätzlich werden bezogene private Renten und der Mietwert selbstgenutzter Immobilien berücksichtigt (vgl. SVR 2011a, S. 336).

tems, gelangt man zum Haushaltsnettoeinkommen³. Um eine Vergleichbarkeit der Haushalte zu erreichen und Skaleneffekte einer gemeinsamen Haushaltsführung zu erfassen, wird eine Äquivalenzgewichtung der Einkommen gemäß der modifizierten OECD-Skala⁴ vorgenommen. Das so ermittelte Marktäquivalenzeinkommen und das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen geben demzufolge die Einkommensposition eines Haushalts wider (vgl. SVR 2011a, S. 336). Die Entwicklung der realen Marktäquivalenzeinkommen und äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen seit dem Jahr 1991 bis zum Jahr 2009 ist in der oberen Hälfte von Tabelle 1.1 dargestellt.

Tabelle 1.1: Einkommensungleichheit in Deutschland

	1991	1999	2005	2007	2009
Marktäquivalenzeinkommen¹⁾					
Real (Mittelwert)	21.052 €	22.647 €	21.577 €	22.111 €	22.482 €
Δ zur Vorperiode		7,6 %	-4,7 %	2,5 %	1,7 %
Real (Median)	19.094 €	19.799 €	17.616 €	18.094 €	18.510 €
Δ zur Vorperiode		3,7 %	-11,0 %	2,7 %	2,3 %
Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet)¹⁾					
Real (Mittelwert)	18.671 €	20.247 €	20.272 €	20.449 €	20.706 €
Δ zur Vorperiode		8,4 %	0,1 %	0,9 %	1,3 %
Real (Median)	16.864 €	17.999 €	17.707 €	17.739 €	18.126 €
Δ zur Vorperiode		6,7 %	-1,6 %	0,2 %	2,2 %
Gini _{Marktäquivalenzeinkommen}	0,411	0,448	0,493	0,488	0,486
Gini _{Haushaltsnettoeinkommen}	0,247	0,25	0,289	0,289	0,289
Gini-Reduzierung durch Umverteilung²⁾					
	-39,9 %	-44,2 %	-41,4 %	-40,8 %	-40,5 %

¹⁾ In Preisen des Jahres 2005. ²⁾ Eigene Berechnung.

Quelle: SVR (2011a, S. 338); eigene Darstellung.

³ Um zu dem Haushaltsnettoeinkommen zu gelangen, werden zum Markteinkommen der Haushalte Rentenzahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung, Pensionen und staatliche Transfers hinzuaddiert. Von diesem Betrag wird die Summe der geleisteten Einkommensteuer sowie der Beiträge zur Sozialversicherung subtrahiert (vgl. SVR 2011a, S. 336).

⁴ Im Rahmen der modifizierten OECD-Äquivalenzgewichtung wird dem Haushaltsvorstand der Faktor eins zugeschrieben. Jedes weitere Haushaltsmitglied (älter als 15 Jahre) wird mit dem Faktor 0,5 berücksichtigt. Haushaltsmitglieder, die jünger als 15 Jahre sind, gehen mit dem Faktor 0,3 in die Berechnung ein. Das aggregierte Haushaltseinkommen wird schließlich durch die Summe der auf diese Weise ermittelten Faktoren dividiert (vgl. SVR 2011a, S. 336).

Ein Vergleich der Entwicklung der realen durchschnittlichen Marktäquivalenzeinkommen mit dem Median der Marktäquivalenzeinkommen zeigt eine rechtsschiefe Verteilung der Einkommen. Während die realen Markteinkommen vom Jahr 1991 bis zum Jahr 2009 insgesamt um 6,8 % gestiegen sind, hat sich der Median im selben Zeitraum um ca. 3,1 % reduziert. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit einer Erhöhung des Anteils niedriger Einkommen in der Bevölkerung. Dementsprechend kann von einer zunehmend schiefen Verteilung der Markteinkommen gesprochen werden, die sich insbesondere seit dem Jahr 1999 verfestigt hat.

Eine ähnliche Entwicklung offenbart die Betrachtung der äquivalenzgewichteten realen Haushaltsnettoeinkommen. Sowohl der Durchschnitt als auch der Median der Haushaltsnettoeinkommen stiegen von 1991 bis zum Jahr 2009 deutlich an (um 10,9 % und um 7,5 %). Auch hier ist eine gewisse Rechtsschiefe innerhalb der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen zu erkennen.

Für eine umfassendere Untersuchung der Einkommensungleichheit in Deutschland wird im Weiteren der *Gini-Koeffizient*⁵ betrachtet. Je stärker sich der *Gini-Koeffizient* der oberen Grenze von eins annähert, desto ungleicher ist die Verteilung der Einkommen. Im unteren Teil von Tabelle 1.1 ist die Entwicklung des *Gini-Koeffizienten* der Markteinkommen sowie der Haushaltsnettoeinkommen abgebildet. Der *Gini-Koeffizient* der Markteinkommen stieg ausgehend von einem Wert von 0,411 im Jahr 1991 auf 0,486 im Jahr 2009. Betrachtet man die Haushaltsnettoeinkommen, zeigt der *Gini-Koeffizient* eine geringere Ungleichheit der Einkommen nach der staatlichen Umverteilung. Die Einkommensungleichheit wird durch staatliche Transfers und Steuern entsprechend reduziert. Insgesamt stieg der Anteil der durch Umverteilung reduzierten Ungleichheit von ca. 40 % im Jahr 1991 auf ca. 44 % im Jahr 1999. Jedoch ging dieser Prozentsatz bis zum Jahr 2009 auf das Ursprungsniveau von ca. 40 % zurück. Neben der Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen könnten auch die durch die Reformen der Agenda 2010 ausgelösten Kürzungen im Sozialstaat dazu beigetragen haben.

Die Entwicklung der Ungleichheit der Markteinkommen sowie die durch Umverteilung reduzierte Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen wird durch eine breite empirische Evidenz bestätigt (siehe exemplarisch Fuchs-

⁵ Das Konzept des *Gini-Koeffizienten* beruht auf der Lorenzkurve. Dabei wird „(...) jedem Anteil von Einkommensbeziehern, die zuvor nach ihrer Einkommenshöhe geordnet wurden, de[r] auf ihn entfallend[e] Anteil am Gesamteinkommen zu[ge]ordnet“ (SVR 2009, S. 312). Für eine theoretische Darstellung der Konzepte der Lorenzkurve und des *Gini-Koeffizienten* siehe auch Breyer und Buchholz (2009, S. 14–23). Der *Gini-Koeffizient* bewegt sich in der Regel im Intervall null bis eins.

Schündeln et al. 2010, Goebel und Krause 2007, OECD 2008 und OECD 2011a, 2011c). Neben des zunehmenden Auseinanderdriftens der Einkommen als Ursache der Ungleichheit nennen Peichl et al. (2011) einen weiteren Faktor, der die Entwicklung maßgeblich mitbestimmt. Demnach führt die Veränderung der Haushaltsstruktur in den letzten Jahren hin zu mehr Ein- und Zwei-Personen Haushalten zu einem Anstieg des Anteils niedriger äquivalenzgewichteter Markteinkommen.⁶ Der Beitrag dieser Entwicklung zu der gesamten Zunahme der Einkommensungleichheit der Markteinkommen beläuft sich gemäß ihrer Studie auf ca. 61 %. Folglich kann ein Großteil der Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland durch rein mathematische bzw. statistische Effekte begründet werden, die ihren Ursprung in der Abbildung der sich ändernden Haushaltsstruktur in der Äquivalenzgewichtung haben. Im Gegensatz dazu ist der Einfluss der Haushaltsstruktur auf die Haushaltsnettoeinkommen weitaus geringer. Peichl et al. (2011) schlussfolgern, dass die Größe und Zusammensetzung der Haushalte offenbar durch die staatliche Einkommensumverteilung in einem großen Maße Berücksichtigung findet.

Nichtsdestotrotz bestätigt sich die von den Bürgern subjektiv wahrgenommene Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland. Sowohl die Entwicklung der Markt- und Haushaltseinkommen als auch die Erhöhung des *Gini-Koeffizienten*⁷ bestätigen die subjektiven Wahrnehmungen. Unabhängig davon wirkt der Staat durch Steuern und Transfers in erheblichem Maße auf die primäre Verteilung der Einkommen ein und erreicht infolge staatlicher Umverteilung eine signifikante Reduzierung der Einkommensungleichheit in Deutschland.

⁶ Diese Veränderung ergibt sich durch den geringeren Faktor der Äquivalenzgewichtung. Somit verringert sich bei gleichbleibendem individuellem Einkommen das äquivalenzgewichtete Einkommen bei sinkender Haushaltsgröße. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen OECD (2008, S. 60–72) und OECD (2011a, S. 199). Folgendes Beispiel illustriert den genannten Zusammenhang: Ein Zwei-Personen Haushalt erzielt zu gleichen Teilen ein jährliches Markteinkommen von 40.000 €. Gemäß Äquivalenzgewichtung erhält der HH-Vorstand den Faktor eins und der Partner den Faktor 0,5. Somit ergibt sich ein äquivalenzgewichtetes pro Kopf Markteinkommen von 26.666 € (40.000 €/1,5). Leben beide Personen getrennt, wird das jeweilige Einkommen (20.000 €) lediglich durch den Äquivalenzfaktor eins dividiert. Demnach beträgt in diesem Fall das äquivalenzgewichtete Markteinkommen lediglich 20.000 €.

⁷ Der *Gini-Koeffizient* wird in der Literatur häufig kritisiert, da er den Nachteil aufweist, für verschiedene Einkommensverteilungen denselben Wert auszuweisen. Wegen dieser Nachteile wird auch auf den *Theil 0-* bzw. *Theil 1-Koeffizienten* zurückgegriffen. Beide Indizes bestätigen die bereits aus der Entwicklung des *Gini-Koeffizienten* ersichtliche Entwicklung der Ungleichheit für Deutschland. Eine detaillierte Darstellung dieser Maße würde den Rahmen dieser Arbeit allerdings übersteigen. Für weitergehende Informationen ist auf SVR (2009, S. 312 f.) verwiesen.

Ausgehend von der Tatsache, dass in Deutschland auf der einen Seite Einkommensungleichheit existiert und auf der anderen Seite diese Ungleichheit vom Staat über Steuern und Transfers zu einem gewissen Maß gemindert wird, fehlt bislang eine Begründung für diesen Eingriff des Staates. Im Mittelpunkt der Diskussion über das Ausmaß der Umverteilung steht grundsätzlich die normative Bewertung des Begriffs der *Gerechtigkeit* (vgl. hierzu und im Folgenden Blankart 2008, S. 79 f., und Brümmerhoff 2007, S. 268). Die Frage nach dem *gerechten* Ausmaß der staatlichen Umverteilung bzw. was man unter einer *gerechten* Einkommensverteilung verstehen soll, wurde in der Vergangenheit häufig kontrovers diskutiert. Aus Sicht der traditionellen Finanzwissenschaft ist das Kriterium der *Gerechtigkeit* exogen gegeben und nicht durch ökonomische Instrumentarien abbildbar. Entsprechende Werturteile werden vornehmlich aus der philosophisch-ethischen Diskussion abgeleitet, die von einer reinen Naturrechtsvorstellung nach *Hobbes* und *Locke* über utilitaristische Ansätze (*Bentham*) hin zu einem beschränkten Gleichheitskriterium gemäß egalitaristischer Ansichten (*Rawls* und *Marx*) reichen. Auf Basis dieser philosophischen Werturteile können in der Praxis verschiedene Umverteilungssysteme bzw. umverteilende Maßnahmen begründet werden.

Die zuvor genannten aus der Philosophie stammenden Vorstellungen einer gerechten Einkommensverteilung lassen sich jeweils über ein geeignetes Steuer- und Transfersystem realisieren. Mit jedem Eingriff des Staates in den Marktprozess – mit dem Ziel durch umverteilende Maßnahmen die Einkommensverteilung zu verändern – nimmt dieser gleichzeitig Einfluss auf die individuellen Arbeits- und Leistungsanreize. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Verzerrungen in Folge staatlicher Eingriffe in die Ressourcenallokation des Marktes sowie daraus entstehende Transaktionskosten. Die so entstehenden Kosten gehen in der Regel mit einer Verringerung des Volkseinkommens einher. Das Ausmaß, der durch den Eingriff in den Marktprozess sowie der daraus resultierenden Umverteilung ausgelösten Verzerrungen, kann jedoch nicht durch rein philosophische Theorien ermittelt werden. Hierzu sind explizite ökonomische Instrumentarien notwendig, um Verteilungsziele und deren Auswirkungen adäquat zu berücksichtigen (siehe zu diesem Absatz Blankart 2008, S. 80–82, Musgrave und Musgrave 1989, S. 77–81).

Im Rahmen der modernen institutionen-orientierten Finanzwissenschaft wird daher *Gerechtigkeit* endogen betrachtet, d. h. es wird versucht, eine gerechte Umverteilung aus der ökonomischen Theorie abzuleiten (bspw. über das *Pareto*-Kriterium, vgl. Blankart 2008, S. 83). Zudem ist denkbar, redistributive Maßnahmen vor dem Hintergrund ökonomischer Zielvorstellungen zu analysieren und letztlich zu bewerten. Es sei beispielsweise auf die durch Umverteilung entstehenden positiven Effekte auf die Höhe und

das Wachstum des Sozialproduktes (vgl. Breyer und Buchholz 2009, S. 57) verwiesen. So legen in der Tat verschiedene theoretische und empirische Studien einen negativen Zusammenhang zwischen der Höhe der Ungleichheit und dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nahe (vgl. exemplarisch Benabou 1996 sowie Persson und Tabellini 1994).

Letztendlich müssen im Rahmen ökonomischer Analysen explizit die durch staatliche Transfers und Steuern entstehenden Anreize untersucht werden. Damit geht eine Analyse der individuellen Präferenzstruktur einher, um Aufschluss darüber zu erhalten, wie obige Anreize mit den Präferenzen der Individuen zusammenhängen.

1.1.2 Angebot staatlicher Umverteilung

Bis zu diesem Punkt lässt sich festhalten, dass Einkommensungleichheit existiert, der Staat in erheblichem Ausmaß die Verteilung der Markteinkommen korrigiert und zudem ökonomische Begründungen für diese Interventionen aufgezeigt werden können. Als Nächstes stellt sich die Frage nach der Ausgestaltung des Angebotes staatlicher Umverteilung. Wie bereits diskutiert, leistet die Umverteilung in Deutschland einen großen Beitrag zur Verringerung der am Markt entstandenen Ungleichheit. Daher soll im Folgenden dargelegt werden, durch welche Maßnahmen und welche Kanäle der deutsche Staat die Umverteilung unterstützt und versucht, die Verteilung der Einkommen zu beeinflussen.

Der Sozialstaat bedient sich einer Vielzahl von Maßnahmen und Leistungen, die von unterschiedlichen Institutionen und Einrichtungen bereitgestellt werden. Zur Klassifizierung staatlicher Eingriffe in die Steuerungs- und Verteilungswirkungen des Marktes können drei Interventionsebenen unterschieden werden: *Marktregulierung*, *Bereitstellung sozialer Dienste* und *Einkommensumverteilung* (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 93). Abbildung 1.1 bietet hierfür einen Überblick.

Durch eine *Regulierung von Märkten* zielt der Staat darauf ab, den Verhaltensspielraum der Marktteilnehmer einzuschränken. Insbesondere der Arbeitsmarkt soll durch einen staatlichen Ordnungsrahmen und den damit einhergehenden Ge- und Verboten reguliert werden. Ziel der staatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes ist es,

„(...) das Markt- und Machtgleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage, zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszugleichen, im Arbeitsleben soziale Maßstäbe zur Geltung zu bringen und die Beschäftigten vor Gesundheitsgefährdung, unzumutbaren Arbeitsbedingungen, überlangen Arbeitszeiten und unzureichender Entlohnung zu schützen.“

(Bäcker et al. 2010, S. 95)

Somit legt der Staat durch die Festlegung des Kündigungsschutzes, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie der Arbeitszeitvorschriften die

Mindestnormen für die in Tarifverhandlung geschlossenen Verträge fest (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 95). Neben der Regulierung des Arbeitsmarktes definiert der Staat z. B. auch für die Finanz-, Versicherungs- und Gesundheitsmärkte Regeln mit dem Ziel, die Macht der Anbieter zu beschränken, Informationsasymmetrien abzubauen und eine Untergrenze für Qualität und Sicherheit zu bestimmen (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 96).

Die Interventionsebene der *Marktregulierung* übt lediglich einen geringen Einfluss auf die Reallokation der Einkommen und die damit verbundene Einkommensumverteilung aus und wird daher im weiteren Verlauf der Arbeit nicht weiter betrachtet.

Abbildung 1.1: Sozialpolitik, Interventionsebenen und -formen



Quelle: In Anlehnung an Bäcker et al. (2010, S. 94); eigene Darstellung.

Die zweite staatliche Interventionsebene bildet die *Bereitstellung sozialer Dienste*. Auch durch die Bereitstellung unentgeltlicher oder zumindest stark subventionierter Leistungen führt der Staat eine Reallokation der Einkommen durch. Beispiele für eine Nutzung öffentlich bereitgestellter und finanzierter Sachleistungen liegen im Bereich des Sozialwesens und des Bildungswesens vor. Das für diese Bereiche geltende Bedarfsprinzip bewirkt im Rahmen der Objektförderung Realtransfers. Diese haben das Ziel, eine auf freien Märkten entstehende Versorgungssituation zu verbessern oder die Inanspruchnahme der Leistungen zu vergünstigen (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 98). Dieser Sachverhalt lässt sich am Beispiel der Kin-

derbetreuung veranschaulichen. Infolge staatlicher Subventionen reduzieren sich die Kosten der Eltern für eine Betreuung von Kindern in entsprechenden Einrichtungen. Der von den Bürgern, die diese Leistung in Anspruch nehmen, zu zahlende Beitrag ist nicht kostendeckend. Der für die Subventionen erforderliche Finanzierungsbeitrag wird aus dem allgemeinen Steueraufkommen gedeckt. Ähnlich verhält es sich bei der reinen Objektförderung, bspw. dem sozialen Wohnungsbau. Auch hier werden staatliche Subventionen genutzt, um sozial Schwachen eine geeignete Unterkunft zu finanzieren.

Demzufolge leisten die *Bereitstellung sozialer Dienste* und die damit verbundenen Realtransfers einen entscheidenden Beitrag im umverteilenden Sozialstaat, der im weiteren Verlauf der Arbeit berücksichtigt werden muss.

Die für den Sozialstaat wohl bedeutendste Interventionsebene ist die *Einkommensumverteilung* über monetäre Transfers und Steuern. Unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten weist die durch den Wirtschaftsprozess verursachte primäre Einkommensverteilung verschiedene Defizite auf. Zum einen erzielen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen, kein Einkommen (bspw. Kinder, Kranke, Pflegebedürftige). Zum anderen kann eine Lücke in der Erwerbsbiographie bzw. eine durch Krankheit oder Invalidität bedingte Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu Versorgungs- und Einkommenseinbußen führen. Hieraus lässt sich keine Gewährleistung für einen ausreichenden Lebensunterhalt der Bevölkerung ableiten. Die staatliche Umverteilung reagiert auf diese Defizite, indem Personen, deren Markteinkommen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nicht ausreicht, über monetäre Transferleistungen (Subjektförderung) unterstützt werden. Diese Transferzahlungen werden über das allgemeine Steueraufkommen sowie über Sozialabgaben auf die am Markt erzielten Einkommen finanziert (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 96–97). Dabei ist ganz allgemein eine Umverteilung ohne monetäre Transfers bereits über das Steuersystem möglich. Staatliche Umverteilung führt – bei einem zumindest partiell progressiv ausgestalteten Steuersystem – hinsichtlich der *personellen Verteilung* zu einer Belastung derjenigen Personen mit einem höheren Markteinkommen und zu einer Entlastung derjenigen mit einem geringeren Markteinkommen (vertikale Umverteilung). Des Weiteren werden soziale Risiken bzw. verschiedene persönliche Umstände (bspw. Zahl der Kinder) berücksichtigt und ausgeglichen (horizontale Umverteilung). Schließlich erfolgt eine Umverteilung der Einkommen über den Lebenszyklus, bspw. im Sinne der gesetzlichen Alterssicherung (intertemporale Umverteilung) (vgl. Bäcker et al. 2010, S. 97, und Brümmerhoff 2007, S. 293). Die Ebene der *Einkommensumverteilung* wirkt sich im Sozialstaat am deutlichsten auf die primäre Verteilung der Markteinkommen aus.

Zusammenfassend kann eine durch sozialstaatliche Aktivität verursachte Reduzierung der Einkommensungleichheit der Markteinkommen primär auf die letzten beiden Interventionsebenen zurückgeführt werden. Die Ebene der *Marktregulierung* entfaltet lediglich eine nachgelagerte Bedeutung. Wird im weiteren Verlauf der Arbeit von Umverteilung gesprochen, sind die durch die zwei letztgenannten Dimensionen (*Bereitstellung sozialer Dienste* und *Einkommensumverteilung*) ausgehenden Effekte gemeint.

Das staatliche Angebot an umverteilenden Maßnahmen lässt sich anhand des in Abbildung 1.1 dargestellten Schemas adäquat beschreiben. Über das genaue Ausmaß der Umverteilung gibt insbesondere das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales publizierte Sozialbudget (vgl. BMAS 2011) einen umfassenden Überblick.⁸ Im Jahr 2010 beliefen sich die gesamten Sozialleistungen in Deutschland auf ca. 760 Mrd. Euro.⁹ Dies entspricht einem Anteil von ca. 30 % des Bruttoinlandsprodukts (Sozialleistungsquote). Jedoch beinhaltet die Sozialleistungsquote keine Informationen über die gesellschaftlich erwünschte Umverteilung. Das Angebot staatlicher Umverteilung stellt lediglich einen Aspekt dar. Um beurteilen zu können, ob der Umfang des Sozialstaates den Präferenzen der Bürger entspricht, muss der Analyse des Angebotes an Umverteilung zwingend eine Analyse der gesellschaftlichen Präferenzen gegenübergestellt werden. In der Regel besitzen die Bürger, als Nachfrager der Umverteilung, ganz spezifische Präferenzen hinsichtlich der Ausgestaltung und des Ausmaßes staatlicher Einkommensumverteilung.

1.1.3 Nachfrage nach staatlicher Umverteilung

Die Frage, welche Faktoren die Nachfrage nach staatlicher Umverteilung determinieren, wird in der Literatur zur Umverteilung kontrovers diskutiert.¹⁰ Grundsätzlich können drei Erklärungsansätze unterschieden werden: *ökonomische*, *verhaltensbasierte* und *institutionelle* Ansätze (vgl. exemplarisch Alesina und Glaeser 2004).

Ökonomische Erklärungsansätze untersuchen vorrangig, inwieweit der Umfang staatlicher Umverteilung von der individuellen Einkommensposition in der Einkommensverteilung bestimmt wird. Diese mikroökonomische Sichtweise führt auf der Makroebene dazu, dass Länder, die sich durch eine höhere Einkommensungleichheit charakterisieren, mit einer höheren staatlichen Umverteilung in Verbindung gebracht werden. In ei-

⁸ Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 2.

⁹ Für das Jahr 2010 liegen bisher nur geschätzte Werte des Sozialbudgets vor (vgl. BMAS 2011).

¹⁰ Eine ausführliche Besprechung der theoretischen und empirischen Literatur zu den einzelnen Erklärungsansätzen erfolgt in Kapitel 3.

nem weiteren ökonomischen Ansatz wird überprüft, ob individuelle Erwartungen über die eigene zukünftige Einkommensposition die Präferenzen für Umverteilung beeinflussen (vgl. Benabou und Ok 2001) und welchen Stellenwert die allgemeine gesellschaftliche Mobilität in diesem Zusammenhang einnimmt (vgl. Piketty 1995).

Verhaltensbasierte Ansätze zweifeln an der Bedeutung rein ökonomischer Motive und argumentieren im Gegenzug, dass Eigenschaften und Einstellungen wie Altruismus, Fairness und Reziprozität sowie die Kultur robuste Beweggründe für die Individuen darstellen (vgl. Fehr und Schmidt 2006 und Benabou und Tirole 2006).

Politische und institutionelle Erklärungsansätze betrachten vornehmlich die Effekte, die von unterschiedlichen Wahlsystemen auf die Höhe und den Umfang staatlicher Umverteilung ausgehen (vgl. Persson und Tabellini 2000). Beispielsweise führt ein Verhältniswahlsystem tendenziell zu höheren staatlichen Ausgaben und damit einer größeren staatlichen Umverteilung als ein Mehrheitswahlsystem (vgl. Persson und Tabellini 2000).

Es existieren also verschiedene Faktoren, welche die Nachfrage nach Umverteilung beeinflussen. Die theoretische, empirische wie auch experimentelle Literatur hierzu hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Hypothesen entwickelt und untersucht. Diese Arbeiten verbindet das gemeinsame Ziel, den Umfang der staatlichen Umverteilung adäquat durch individuelle Determinanten zu bestimmen. Allerdings existiert für Umverteilung kein Markt im traditionellen Sinne, auf dem Angebot und Nachfrage zusammenkommen und über den Markt-Preis-Mechanismus sowohl die Menge als auch den Preis für Umverteilung bestimmen. Überdies mangelt es an offenbarten Präferenzen der Bürger und damit einhergehend an einer Zahlungsbereitschaft für Einkommensumverteilung.

1.2 Problemstellung und Aufbau der Arbeit

1.2.1 Formulierung der Forschungsfragen

Die bisher existierenden internationalen Studien, die insbesondere die *ökonomischen* und *verhaltensbasierten Ansätze* überprüfen, stützen sich auf makro- und mikroökonomische Daten. Dabei wird auf der Makroebene primär der Frage nach der Höhe der Staatsausgaben bzw. dem Umfang der Umverteilung nachgegangen. Studien mit mikroökonomischem Fokus greifen auf Umfragedaten zurück. Bisher konzentrieren sich diese Arbeiten vornehmlich auf die Determinanten der Nachfrage nach Umverteilung. Hinsichtlich der vorliegenden Makrostudien lässt sich kritisieren, dass diese nicht in der Lage sind, zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach staatlicher Umverteilung zu unterscheiden. Da der Umfang der Umvertei-

lung jedoch ein Zusammenspiel der Präferenzen der Bürger und des Angebotes des Staates darstellt, muss hier eine explizite Abgrenzung zwischen der staatlichen Reallokation auf der einen Seite und den Präferenzen der Bürger auf der anderen Seite erfolgen. Mikroökonomische Studien wiederum berücksichtigen keine Budgetbeschränkung. Besonders mit Blick auf die gewünschte Höhe der Umverteilung erscheint dies jedoch als wesentlich. Ohne eine solche Budgetbeschränkung werden die Befragten nicht gezwungen, bei ihren Entscheidungen die resultierenden Konsequenzen auf ihr eigenes Einkommen zu berücksichtigen. Demnach liegt eine Schwäche dieser Studien darin begründet, dass diese das tatsächliche Wahlverhalten der Bürger nicht vorhersagen können.

Die bisherigen Studien und die darin verwendeten Methoden sind in der Lage, den Umfang der staatlichen Umverteilung lediglich näherungsweise zu bestimmen. Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Boeri et al. (2001) und (2002). Ihre Analyse richtet den Fokus auf die Präferenzen der Bürger für Umverteilung im Sinne einer Renten- und Arbeitslosenversicherung. Dabei können sie explizite *Trade-offs* zwischen dem Einkommen der Befragten und dem präferierten Umfang der Umverteilung berücksichtigen. Allerdings entscheiden die Befragten lediglich über den Preis für Umverteilung, den sie zu zahlen bereit sind, nicht jedoch über deren Ausgestaltung.

Im Gegensatz dazu ermöglichen Discrete-Choice-Experimente (DCE) eine umfassende Analyse der Präferenzen für Umverteilung. Während traditionelle Marktanalysen im Rahmen finanzwissenschaftlicher Analysen häufig wenig zielführend sind, bieten DCE die Möglichkeit der indirekten Ermittlung von Präferenzen. Die Methodik der DCE basiert auf der mikroökonomischen Theorie von Lancaster (1966), wonach ein Individuum den Nutzen nicht aus dem Konsum des Gutes *per se* zieht, sondern aus den Eigenschaften, über die dieses Gut verfügt. Findet zusätzlich der Preis des Gutes in der Analyse Berücksichtigung, erlaubt diese Methodik, die Präferenzen der Individuen sowohl für einzelne Eigenschaften als auch die *Marginale Zahlungsbereitschaft* für das Gut – in der vorliegenden Arbeit Umverteilung – zu analysieren. Indem die Befragten dazu gebracht werden, *Trade-offs* zu überwinden und eine diskrete Entscheidung zwischen einem alternativen Umverteilungsszenario und dem aktuell geltenden Status quo zu treffen, ist eine Interpolation der Indifferenzkurve sowie eine wohlfahrtstheoretisch konsistente Schätzung der marginalen Zahlungsbereitschaften möglich. Über ein zur Verfügung stehendes Steueraufkommen, das für alternative Umverteilungssysteme verwendet werden kann, wird explizit die Budgetbeschränkung berücksichtigt. Schließlich ist es möglich, eine Abgrenzung des staatlichen Angebotes und der individuellen

Nachfrage nach Umverteilung vorzunehmen und so die oben genannten Schwächen der bisherigen Studien zu überwinden.

Die vorliegende Arbeit ist Teil eines internationalen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes, das mittels eines DCE die Präferenzen für Umverteilung analysiert. Mit Ausnahme der Studien der schweizerischen Projektpartner (vgl. Neustadt und Zweifel 2010a, 2010b und Neustadt 2011) existiert bislang keine Analyse, welche die Präferenzen für Umverteilung anhand eines DCE untersucht.

1.2.2 Zielstellung und Forschungsbeitrag

Ziel dieser Arbeit ist es, erstmals repräsentativ die Präferenzen deutscher Bürger für staatliche Umverteilung zu erfassen.

In einem ersten Schritt ermöglicht das für dieses Forschungsprojekt – unter Berücksichtigung der in Deutschland speziellen institutionellen Gegebenheiten – entwickelte DCE die Schätzung des gesamten Budgets, das für Umverteilung zur Verfügung stehen sollte. Darüber hinaus werden explizite Zahlungsbereitschaften deutscher Bürger für Umverteilung ermittelt. Diese geben einen ersten Hinweis auf die Höhe der finanziellen Belastung, die deutsche Bürger bereit sind, für eine höhere Umverteilung zu zahlen.

In einem zweiten Schritt werden relevante Faktoren untersucht, welche die Präferenzen der Bürger prägen. Eine Analyse aller oben skizzierten Erklärungsansätze würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Daher erfolgt eine Fokussierung auf die im Kontext *ökonomischer* Erklärungsansätze ermittelten Determinanten der individuellen Nachfrage nach Umverteilung. Die Analysen basieren auf dem im Zusammenhang mit dem Experiment entwickelten sozio-ökonomischen Fragebogen, der durch die GfK Nürnberg im Februar 2012 erhoben wurde. Im Folgenden sollen insbesondere zwei zentrale Forschungsfragen beantwortet werden: Welche Relevanz besitzt die individuelle Einkommensposition für die Präferenzen der Bürger für Umverteilung? Welchen Stellenwert nimmt die erwartete, aber auch bereits erfahrene Einkommensmobilität in diesem Kontext ein?

Die Ergebnisse dieser Arbeit beinhalten auch wirtschaftspolitische Implikationen. Eine Reform des Wohlfahrtsstaates kann nur dann erfolgversprechend sein, wenn sie im Einklang mit den Präferenzen der Bürger erfolgt. Dies bedeutet zugleich, dass sich Reformen ohne eine gesellschaftliche Zustimmung nur schwer implementieren lassen. Die in dieser Arbeit präsentierten Ergebnisse können einen Teil dazu beitragen, Auskunft über diese Präferenzen zu geben. Dazu zählen insbesondere die Fragen, welcher Umfang staatlicher Umverteilung von den Bürgern gewünscht wird und in welchem Ausmaß die Bürger bereit wären, hierzu einen eigenen Beitrag zu leisten.